

# Wohin mit Europa?

Die niedersächsischen Grünen haben zwei Kandidatinnen als Spitzenduo für den Europawahlkampf aufgestellt, das sind Katrin Langensiepen und Viola von Cramon. Letztere äußert sich in der „Grünen Welle“ zu Inhalten und Zielen des Europawahlkampfes. Sie nimmt Stellung zu der Entwicklung in einzelnen Mitgliedsstaaten, zu grünen Erfolgen auf EU-Ebene und zum europäischen Ziel. Basis des Beitrags von Viola von Cramon ist ihre Rede, die sie bei der landesweiten Begrüßung der Neu-Mitglieder hielt.

## Es gibt zwei Dinge, die ich gern voranstellen möchte:

- Für Europa wird es das entscheidende Jahr. Auch wenn der Begriff „Schicksalswahl“ (aktuell) oft genutzt wird, dieses Mal stimmt er wirklich. Dieses Mal geht es um den Erhalt und die Existenz der Europäischen Union. Es geht darum, ob wir die Bindungskraft besitzen, mehr Demokratinnen als bei den letzten Europa-Wahlen an die Wahlurnen zu bekommen. Es wird letztendlich auch eine Abstimmung über die Europäische Union.
- Es wird ganz entscheidend auf uns GRÜNE ankommen. Uns wird ein ganz enormer Vertrauensvorsprung mit sehr guten Umfragewerten attestiert. Nun geht es nicht nur darum, diese Umfrage einzulösen und mit guten und kompetenten Gesichtern, mit glaubwürdigen Personen diesen Wahlkampf mit Leben zu füllen.

Die Menschen trauen uns viel zu: Sie trauen uns mehr als anderen Parteien zu, dass wir nicht Klientelpolitik betreiben, sondern dass wir uns um die „große Ganze“ kümmern. Das heißt aber auch Verantwortung zu übernehmen. Mehr als wir das in der Vergangenheit tun mussten.

Das bedeutet aber auch, eine größere Themenpalette intensiver zu besetzen als wir das in der Vergangenheit tun mussten.

Und wir müssen den Menschen die Europäische Union besser erklären: In den letzten Tagen und Wochen erhielt ich viele Anfragen für Veranstaltungen und neben allen inhaltlichen Fragen ging es bei den Anfragen und Überlegungen zu öffentlichen Debatten immer auch um die Frage:

Was bedeutet eigentlich Europa für mich, für meine Stadt, für meine Region, für Niedersachsen? Das wird auch unsere Aufgabe sein. Wir müssen die Fähigkeit haben, zu erklären, wo – auch wenn die Agrarpolitik weit entfernt von einer Grünen Agrarpolitik – die Gelder aus Brüssel auch bei uns im ländlichen Raum oder in verschiedenen anderen Projekten ankommen. Es geht nicht um einen anonymen abstrakten Körper, sondern auf der Projektkarte kann nachvollzogen werden, wo die Gelder aus der

EU in der letzten Finanzperiode oder aus dem Haushalt hingegangen sind.

Erst wenn wir uns zu Beginn des kommenden Jahres – also Anfang 2020 – hier wieder treffen – wissen wir, ob die EU weiter bestehen wird. Wer den AfD Programmparteitag für Europa verfolgt hat, weiß, dass die AfD als Teil der Internationalen Neuen Rechten – im Grunde die Zerschlagung der EU fordert und damit konsequenterweise auch den Austritt Deutschlands aus der EU.

## Der Brexit – eine sichtbare Ablehnung der Europäischen Union

Welche katastrophalen Folgen schlechte und verantwortungslose Politik haben kann und hat – und dass es eben nicht egal ist, wen wir wählen, sehen wir aktuell in Großbritannien. Bereits die Abstimmung über den Brexit am 23. Juni 2016 hatte viele von uns ratlos zurückgelassen, aber alles, was anschließend passiert(e), scheint das Zeugnis personifizierter Verantwortungslosigkeit zu sein.

Wichtig dürfte aber sein, dass die Kampagne in Großbritannien neben den innenpolitischen Verwerfungen auch eine starke außenpolitische Komponente hat(te), die an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben sollte. Denn die Neue Rechte hatte ein immenses Interesse an dem Austritt Großbritanniens aus der EU.

So wurde für den Brexit seitens der Rechten mit einer Kampagne mobilisiert, die sich falscher Tatsachen bediente und Geld (Millionen Pfund) nutzte, dessen Herkunft noch immer unklar ist. Klar ist, dass wir mit dem Brexit einen ersten echten Angriff auf die europäischen Institutionen auch mit Hilfe von außen erlebt haben.

Und es wurde klar, die Neue Rechte in Europa rüstet sich weiter.

Ebenso wurde deutlich, dass sich das jahrelange EU-Bashing, was im Vereinigten Königreich lange Zeit (leider auch von links) gepflegt wurde, mit der Brexit-Abstimmung ausgezahlt hat. Wer dauerhaft gegen die EU hetzt, muss sich nicht wundern, wenn die Menschen dann in der entscheidenden Abstimmung nicht mehr glauben, dass die EU ihnen wirklich hilft.

Ein kleiner Hinweis an dieser Stelle sei erlaubt: Auch wir GRÜNEN möchten die EU reformieren, Missbrauch



verhindern, aber dabei wollen wir die Institutionen stärken und verbessern und nicht abschaffen.

Angesichts der schwierigen Situation in GB möchte ich Sie und Euch gern mitnehmen und einen kleinen virtuellen politischen Spaziergang durch die Mitgliedstaaten der Europäischen Union wagen: Lassen Sie doch mal schauen, wie es so politisch aussieht auf der Europäischen Bühne und in den einzelnen Hauptstädte: Und wie steht's auch um die Grünen in Europa?

### Viele europäische Staaten sind im Umbruch – wohin?

Der erste Blick geht in den Osten, zu den östlichen Nachbarn, denn nicht für alle begann das Neue Jahr gut und sorglos: Das brutale Attentat auf den Danziger Oberbürgermeister Pawel Adamowicz ist sicher ein Schock gewesen – und auch gleich zu Beginn des Jahres eine Mahnung an alle, was passieren kann, wenn Hass und Hetze freien Lauf gelassen werden. Was hier passieren konnte, ist auch das Ergebnis einer jahrelangen Hetze durch die Regierungspartei PiS und ihre hörigen staatlichen Medien, die Boden für dieses abscheuliche Verbrechen gegen einen liberalen und mutigen Politiker erst möglich gemacht haben.

Und im Telegrammstil nun einige Einblicke in andere Länder der EU:

**Italien** – eine der größten Volkswirtschaften und renommiertesten Industriestaaten in der EU wird – so hat man oft das Gefühl – von Clowns regiert. Die Fünf-Sterne-Bewegung lässt sich von der rechtsextremen Lega vorführen.

**Frankreich** – extrem schwierig, nahe am Kollaps – Macron mit einbrechenden Zustimmungswerten, unklar, wie es weitergeht. Ob die angebotenen Bürgerdialoge tatsächlich Abhilfe schaffen können, werden wir sehen.

**Portugal** hat sich gerade wieder gerettet, hat sich finanziell seit drei Jahren so weit stabilisiert, dass es den Euro-Rettungsschirm verlassen konnte.

**Spanien** (aktuell mit einer Minderheitsregierung) kämpft mit den abtrünnigen Separatisten in Katalonien, Andalusien und im Baskenland – immer noch eine extrem instabile Situation.

**Schweden** hat nach 6 Monaten bzw. nach 4,5 Monaten Verhandlungen zu Beginn des Jahres offensichtlich endlich wieder eine Regierung. Hier wird eine Minderheit aus Grünen und Sozialdemokraten regieren, unter Duldung von Centerpartiet und Liberalen. Auch hier bestand das einzige Ziel der rechten Schwedendemokraten darin, die ehemals vorbildliche Konsensrepublik Schweden zu zerstören und politische Konfusion/



Die beiden Spitzenkandidat\*innen Ska Keller und Sven Giegold (in der Mitte), eingerahmt von den beiden grünen Vorsitzenden Annalena Baerbock und Robert Habeck auf dem Europa-Parteitag in Leipzig

Verwirrung zu stiften. Es hat fast etwas Tragisches, wie sich der Regierungsbildungsprozess hinzog und immer wieder zum Scheitern gebracht wurde.

Eine ähnlich zersplitterte Situation ist in den **Niederlanden** vorzufinden.

Ziel der Rechten ist es immer wieder, nicht nur hier, sondern auch in Deutschland den demokratischen Konsens zu knacken.

Häufig gehen die Äußerungen der Klimaleugner und Umwelterstörer mit den rechten Parolen einher.

**Österreich** ist da möglicherweise eine Ausnahme, weil sie umweltpolitisch ambitionierter sind, aber innen- und gesellschaftspolitisch sich nahtlos einreihen in die Reihe derjenigen, die Menschen- und Bürgerrechte beschneiden und sich auf Kosten der Schwachen in der Gesellschaft profilieren.

In den osteuropäischen Mitgliedstaaten sieht es nicht so viel besser aus: In **Ungarn, Polen** oder der **Slowakei** sind oppositionelle Medien wieder stark unter Druck. Die Repression für die investigativen Journalist\*innen mündete am Ende im Tod des jungen slowakischen Journalisten Jan Kuczak und seiner Verlobten, der den korrupten und vermutlich in der Regierung befindlichen Cliques, die sich seit Jahren am Staat bedienen, mit seinen Recherchen zu nahe kam.

In **Rumänien** sind die Menschen seit Monaten immer wieder zu Hunderttausenden auf der Straße. Es ist ein leichter Trost, dass sich hier auf der parteiischen Ebene neue progressive Bewegungen zeigen, die auch für die Europawahlen antreten werden und möglicherweise in die GRÜNE Europagruppe eintreten wollen. Die jungen Aktivist\*innen haben verstanden, dass es nicht reicht, nur auf der Straße zu stehen. Der Protest muss auch in Gestaltungskraft münden und die gibt





es am Ende nur in den Parlamenten – da wollen sie hin, um ihr Land von den korrupten Eliten zu befreien.

**Tschechien** hat sich einen Oligarchen gewählt, den zweitreichsten Mann des Landes, einen Mann mit Milliardenvermögen, einen extrem unpolitischen Menschen, der die eigenen Wähler\*innen vom Gang zur Urne durch Twittersweets geradezu abzuhalten versucht. Andris Babis ist wegen mehrfachen EU-Subventionsbetrug angeklagt. Ein EU-Gegner ist er nicht, aber sein Vermögen setzt er gezielt ein. Nicht nur in Tschechien, auch in der Lutherstadt Wittenberg ist er als Eigentümer einer der größten Europäischen Harnstofffabriken und als größter Immobilienbesitzer in der Stadt eine einflussreiche Größe.



Für unser – gemeinsames Europa – wünsche ich uns allen ein gegenseitiges Einstehen und die Fähigkeit, einander wieder zuzuhören. Mit großer Hoffnung sehen wir auf die Bürger\*innenbewegungen in den einzelnen Staaten, die für Freiheits- und Menschenrechte kämpfen, die sich für Europa einsetzen.

Letzte Meldung:

Herzliche Glückwünsche in die Slowakei! Wir freuen uns über die Wahl von Zuzana Čaputová zur Präsidentin der Slowakei. Sie ist Kandidatin der Bewegung „progressive Slowakei“ – eine Bürgerrechtsbewegung, die nach dem Mord des Journalisten Ján Kuciak an Stärke und Zulauf gewann. Die neue Präsidentin ist als Umweltaktivistin bekannt, sie will gegen Machtmissbrauch und Korruption kämpfen und gilt als proeuropäisch.

### In Niedersachsen mehr positive EU-Impulse setzen

Tja, und als Niedersächsin frage ich natürlich auch, wie sieht es zu Jahresbeginn in Niedersachsen aus? Was hat die GROKO hier bislang zustande gebracht?

- Wir sehen keine neuen Impulse aus dem Agrarministerium für eine EU-Agrarreform, die den Namen auch verdient hätte
- Niedersachsen ist nach wie vor eines der Länder mit den höchsten Vertragsstrafen, weil es seine FFH-Flächen immer noch nicht unter Schutz gestellt hat. 11,8 Mio Euro wird das Land Niedersachsen möglicherweise an die EU überweisen müssen, weil das Land seine Naturschutzflächen immer noch nicht nach Jahren des Verzugs ausgewiesen hat.
- Wir müssen uns zu recht auch Sorgen um die Landesbank machen. Die wackelt und niemand weiß, wie viele Milliarden am Ende notwendig sein werden, um die alten Schiffskredite abzulösen.
- VW hat es nicht geschafft, rechtzeitig in eine neue Antriebstechnik umzusteuern. Diese Tatsache wird fatale Folgen für den gesamten Automobil-Stand-

ort Niedersachsen. Wir sollten uns nicht weiter mit der Ankündigungspolitik aus Wolfsburg zufrieden geben.

- Weiterhin ist es ein echtes industriepolitisches Versagen, dass es nicht gelungen ist, dort wo die meiste Erneuerbare Energie produziert wird, dort wo der Wind immer weht, auch ein Batteriezellwerk für die deutsche Automobilindustrie zu bauen. Eine Nullnummer der GROKO in Berlin und in Hannover, dass wir nun dort die Batteriezellen herstellen lassen, wo vorwiegend Kohle zum Einsatz kommen wird. Aktuell sind wir gerade in diesem Bereich (Batterietechnik) vollständig vom asiatischen Markt abhängig. Auch das dürfte mittelfristig Grund zur Sorge geben

Im Grunde haben wir uns in allen großen Zukunftsbranchen abhängen lassen. Weder in der Mobilität noch in der Digitalisierung noch in anderen Branchen wie der Kommunikation finden sich wirkliche Innovationen in Deutschland wieder.

### GRÜNE Verdienste auf der Europäischen Ebene

Wir GRÜNE haben in den letzten 4 Jahren im Europäischen Parlament vieles durchsetzen können und mit anschieben können:

- Untersuchungsausschuss zum Dieselgate
- Maßgeblich beteiligt an neuen Regeln zur Abfall- und Kreislaufwirtschaft (schärfere Sortierung, mehr Müllvermeidung)
- Neue EU-Bio-Verordnung
- Verbot von Glyphosat
- Unterstützung der EU-Bürgerinitiative gegen die qualvollen Lebendtiertransporte
- Im Transport konnte der Versuch der europäischen Kommission verhindert werden, die Arbeitsbedingungen weiter zu verschlechtern sowie die soziale Absicherung im Transportgewerbe weiter zu lockern.
- Wir wollen mehr Solidarität in Europa: Insbesondere in Regionen, wo aufgrund von wegfallenden Branchen große strukturelle Brüche entstehen, haben wir mit dem Europäischen Fonds für Umstellung („transition“) eine Möglichkeit geschaffen, um in peripheren Regionen und Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit neue Initiativen für nachhaltige Jobs zu unterstützen.
- Der Europäische Solidarity Corps beruht auf einer GRÜNEN Initiative [https://europa.eu/youth/solidarity\\_en](https://europa.eu/youth/solidarity_en)
- Im Finanzbereich haben wir uns für strengere Regeln gegen Geldwäsche stark gemacht: Wir spielten die entscheidende Rolle für die Implementierung der Untersuchungsausschüsse zu LuxLeaks und den Panama Papers.
- Wir haben einen Bericht zur systematischen Steuer- vermeidung in Höhe von 1 Mrd. Euro bei IKEA veröffentlicht und haben insgesamt den Kampf gegen Steuervermeidung und legale Steuerschlupflöcher innerhalb der EU massiv vorangetrieben.
- Wir haben uns immer wieder auch gegen die Austeritätsprogramme engagiert, d. h. wir halten überhaupt nichts davon, dass vorrangig im sozialen Be-

reich bei den Staatsausgaben gespart wird, um Haushalte wieder zur „schwarzen Null“ zu bringen. Auf diese Weise werden demokratische und soziale Standards gesenkt.

- GRÜNE halten Europäische Werte hoch: Einsetzen eines Pilotprojektes für investigative Journalist\*innen nach dem brutalen Mord an der maltesischen Investigativ-Journalistin Daphne Galicia
- Richtlinie für EU-weiten Whistleblower Schutz
- Forderung nach einer lange überfälligen Reform des Dublin II-Systems
- Initiative Relocation programme der EU für 160.000 Geflüchtete aus Drittstaaten

Ich könnte diese Liste endlos fortsetzen.

Als Fazit bleibt: GRÜNE in Parlamenten erreichen viel!

Wenn wir uns zu Beginn 2020 wieder sehen, sind wir wieder etwas klüger und wissen besser, ob und in welcher Form die EU weiter Bestand haben wird.

### Der europäische Zusammenhalt

Aber jetzt geht es erstmal für uns alle darum um den Zusammenhalt zu kämpfen, damit Demokratie in der gesamten Union lebendig bleibt oder wieder belebt wird und wir das Erbe unserer Eltern, den FRIEDEN in der EU nicht zu verspielen.

Früher haben Generationen von Soldaten (die letzten waren unsere Großeltern) einen hohen Blutzoll für die KRIEGE in Europa entrichten müssen. Jetzt müssen wir, die Enkel dafür sorgen, dass sich diese Tragödien nicht wiederholen.

Und damit möchte ich mit einem Zitat aus dem Leitartikel „Wehen der Demokratie“ von Heribert Prantl vom 6.2.2019 schließen, in dem es heißt:

„[...] Es kann sein, dass Europa und die EU-Verfassungsordnung, gewürgt von Nationalisten und Extremisten, eine solche Probe bestehen müssen. Diese Probe besteht Europa nur dann, wenn die Europäerinnen und Europäer den Ernst der Stunde erkennen, wenn sie europäisch denken und handeln. Ein Europäer ist derjenige, der Sehnsucht nach Europa hat. Die Demokraten sollten sich, eingedenk Weimar, diese Sehnsucht leisten.“

Und ich würde diese Worte ergänzen wollen durch „Leidenschaft und Liebe zu Europa“. Nur wenn wir das aufbringen, können wir das Europäische Projekt wirklich retten.

*Dieser Beitrag wurde von Viola von Cramon verfasst.*

Die aussichtsreichen niedersächsischen Kandidatinnen für das Europaparlament stehen für ein soziales, ökologisches und solidarisches Europa:



Viola von Cramon



Katrin Langensiepen

### Viola von Cramon kommt nach Cuxhaven!

Auf ihrer Niedersachsen-Fahrradtour macht sie hier Halt am **8. Mai**.

Sie freut sich auf Austausch & Gespräch mit Ihnen/Euch am Nachmittag von **17.00 bis 18.30 Uhr** in der **Grimmershörnbucht** (Näheres entnehmen Sie bitte der Ankündigung in der Tagespresse bzw. auf der Internetseite des Ortsverbandes [www.cux-gruene.de](http://www.cux-gruene.de)).